

# Mein Freund, der Baum

Dürfen uralte Buchen, Linden und Tannen aus Privatgrundstücken einfach so gefällt werden? Wenn es nach den Glacisschützern geht, ist das bald nicht mehr der Fall. Sie fordern eine Satzung. Die Mindener Politik ist gespalten.

Von Nina Könemann

**Minden (mt).** Mit den Bäumen ist es wie mit dem Klima: Beides gilt allgemein als schützenswert – zumindest bis zu einem bestimmten Grad. Wenn dann aber die Kastanie genau da steht, wo eigentlich das Gartenhaus hin sollte, und die auch noch regelmäßig Früchte abwirft, dann ist das mit dem Baumschutz so eine Sache. Plötzlich ist die Kastanie weg und die Nachbarn machen lange Gesichter. War doch schön, der Baum. Vor allem von Weitem ...

Christiane Linder tut dieser Umgang mit der Natur in der Seele weh. „Der Mensch unterschätzt die Wertigkeit des Baums“, sagt sie. Laub werde heute als Dreck angesehen, ein fallender Ast als Gefahr für Fußgänger. „Der Mensch hat Angst vor Bäumen, was soll das?“, fragt sie. Natur sei Natur – und ihre erholsame Kraft habe auch damit zu tun, dass nicht alles in Reih und Glied sei. Baumfällaktionen in Minden begleitet sie mit entsprechendem Ärger. „Was allein in diesem Jahr wieder abgeholzt wurde, darüber darf ich gar nicht nachdenken.“

Gemeinsam mit den anderen Glacisschützern aus Minden plädiert sie deshalb seit Jahren für eine Baumschutzsatzung, mit der die Stadt das Fällen von alten Bäumen auf Privatgrundstücken regeln soll. Andere Städte haben solche Satzungen bereits, einige haben sie in den vergangenen Jahren auch wieder abgeschafft (siehe Kasten). Im Prinzip werden mit Baumschutzsätzen die Altbaumbestände im Stadtgebiet überwacht. Wer auf seinem Grundstück einen Baum mit einem bestimmten Stammumfang oder Alter fällen will, braucht eine Genehmigung. Die Stadt entscheidet dann im Einzelfall, wie schützenswert der Baum ist und erteilt oder verweigert die Erlaubnis.

In Minden wird gerade wieder darüber diskutiert, eine solche Satzung einzuführen. Die Linken haben den Vorschlag in ihrem Parteiprogramm stehen und wiesen kürzlich im Bau- und Umweltausschuss darauf hin, das Thema bei der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung setzen zu wollen (wir berichteten). Bisher ist das laut Ausschussvorsitzendem Ulrich Luckner noch nicht passiert.

Die Glacisschützer wittern trotzdem ihre Chance, die Satzung voranzutreiben, und forderten die Fraktionen noch vor den Ferien auf, Stellung zu beziehen. Außerdem reichten sie ein entsprechendes Schreiben beim Rat der Stadt ein und beriefen sich damit auf Paragraph 24 der Gemeindeordnung. Demnach hat „jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden“.

## Er sei zwar großer Freund der Bäume, jedoch nicht von Baumschutzsätzen

Christiane Linder und ihr Mann Rainer Mühler-Linder hoffen, dass der Baumschutz den Politikern jetzt mehr am Herzen liegt als noch in den 70er Jahren. Damals war ein entsprechender Antrag gescheitert, weil man den Aufwand einer solchen Satzung als zu hoch bewertete. Für die Durchsetzung hätten neue Stellen geschaffen werden müssen – zu teuer, befanden die Politiker. Die Kostenfrage könnte das Projekt auch dieses Mal scheitern lassen.

So teilte die SPD auf MT-Anfrage mit, dass man dem Thema eher ablehnend gegenüber stehe. Eine zusätzliche Stelle in der Stadt müsse finanziert werden, dafür sei im Haushalt kein Geld. „Und wenn, dann setzen wir es lieber im Bereich Jugend



Was geht vor: Die Natur oder das private Interesse? In Minden wird dieses Thema gerade wieder diskutiert.

Foto: Alex Lehn

und Soziales ein“, sagte Vorsitzender Bernd Müller. Er sei zwar großer Freund der Bäume, jedoch nicht von entsprechenden Baumschutzsätzen. Auch etwaige Nachbarschaftsstreitigkeiten will die Partei vermeiden.

In der CDU hat man sich noch zu keiner Meinung durchgerungen. „Wir besprechen das zunächst in unseren Ortsvereinen“, sagte Lutz Abrusatz und verwies auf den großen Wert, den die Partei auf Basisarbeit lege. Ulrich Luckner, CDU-Mitglied und Vorsitzender des Bauausschusses, sagte dazu: „Sobald es einen entsprechenden Antrag der Linken gibt, wird es im Ausschuss diskutiert und in die Fraktionen gegeben.“ Bis dahin diskutiere man aber schon mal mit seinen Ortsvorsitzenden. Die Liberale Fraktion hält eine Baumschutzsatzung für unnötig.

Für Dr. Alf Domeier, Sprecher der Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), stand der Baum des Anstoßes in der Paulinenstraße. Die uralte Buche wurde im Mai 2014 auf einem Grundstück neben dem Finanzamt gefällt (wir berichteten). Ganz zum Ärger der Nachbarn und von Alf Domeier. „Als kleiner Junge bin ich auf dem Weg zur Heideschule dort immer vorbeigegangen.“ Der Baum habe ihm am Herzen gelegen. „Solche Bäume prägen das Stadtbild. Ich finde, sie zu fällen, sollte nicht einfach so möglich sein.“ Eigentum müsse auch irgendwo zurückstehen. Man sei einer entsprechenden Satzung gegenüber „äußerst positiv eingestellt“.

Mit im Boot sind – es wird niemanden verwundern – auch die Grünen. Natürlich sei jede Verfügung auch zweischneidig, man zwingt den

Menschen etwas auf. „Aber es gibt in anderen Städten gute Beispiele, an denen man sich orientieren sollte“, teilte Horst Idelberger für seine Fraktion mit.

Die Linken, die das Thema wieder auf den Tisch gebracht haben, wollen

## Die Linken plädieren wie die Grünen für die Satzung, wollen aber „dass sie so vernünftig wie möglich ausfällt“

eine Satzung, „die so vernünftig wie möglich ausfällt“. Die Größe der betroffenen Bäume müsste diskutiert werden, auch Gebühren für Renaturierungsmaßnahmen seien als Ausgleich denkbar, sagte Stefan Schrö-

der. Man habe das Thema im Ausschuss angesprochen, um eine konstruktive Diskussion anzustoßen. „Wir wollen nichts übers Knie brechen.“

Für Christiane Linder ist das okay, solange es am Ende klare Regeln mit Rechtssicherheit gibt.

„Wenn der Nachbar meckert, kann man ihm sagen, dass der Baum geschützt ist“, sagt sie. Das unterbinde Streitigkeiten. Auch neue Grundstücksbesitzer oder Senioren könnten den Garten nicht einfach nach Belieben abholzen. „Häufig wird das gemacht, wenn Bäume Arbeit machen und man selbst keine Zeit mehr dafür hat.“ Linder findet: Wer nicht ständig Laub harken will, der lässt es eben liegen. Ist ja Natur.

Dass das Zusammenleben von Mensch und Baum funktionieren kann, leben Christiane Linder und ihr Mann im eigenen Garten vor. Der Rasen der Linders an der Wittekindallee geht quasi direkt in den Stadtwald über. Mittendrin, zwischen Sträuchern und Zäunen, 20 Meter hoch und 40 bis 50 Jahre alt steht sie: eine Tanne vom Typ Koloss. Für Christiane Linder und ihren Mann ist dieser Baum Natur pur. „Da leben so viele Tiere drin, er bietet Sichtschutz, Lärmschutz und spendet im Sommer Schatten“, sagt die Glacisschützerin. So manch ein Sonnenanbeter würde wohl stattdessen sagen: Der Baum nimmt dem großen Wintergarten hinter dem Haus das Licht.

Seine Besitzerin sieht das anders. Die Tanne stand schon im Garten, als sie mit ihrem Mann in die Doppelhaushälfte einzog. Sie zu fällen, wäre beiden nie eingefallen. „So ein schöner Baum hat doch eine Wertigkeit“, sagt Rainer Mühler-Linder.

Und auch die Nachbarn haben sich arrangiert: Seit einem halben Jahr ist in der Doppelhaushälfte nebenan eine neue Familie eingezogen. Die Tanne, die gefährlich nah an der Grundstücksgrenze steht und den ein oder anderen Ast herüberhängen lässt, wurde eingemeindet. Der Nachbar richtete sich eine Sitzcke unter dem Baum ein und jammerte nicht.

Für Christiane Linder ist das ein gutes Zeichen: Manche Menschen würden den Wert der Bäume noch kennen. Den anderen müsse man das erst wieder beibringen. Wenn es nach ihr geht, so schnell wie möglich.



Wollen sich für eine Baumschutzsatzung stark machen (v.l.): Christiane Linder, Rainer Mühler-Linder und Ute Becker. MT-Foto: Nina Könemann



Diese gefällte Buche in der Paulinenstraße sorgte im Juni 2014 für Aufregung bei den Mindener Bürgern. MT-Archivfoto: Carsten Korfesmeyer

## Baumschutzsätzen in anderen Kommunen

■ In Bielefeld gab es seit 1977 – mit kurzer Unterbrechung – eine Baumschutzsatzung. Bäume mit einem Stamm-Umfang von mehr als 80 Zentimetern, gemessen in einem Meter Höhe, durften nicht gefällt werden. Davon ausgenommen waren Obstbäume, Nadelbäume und Weidengehölze. Für alle anderen Bäume musste der Besitzer gute Gründe für ein Abholzen nennen. Nach Prüfung entschied dann das Umweltamt.

2002 wurde die Satzung aufgehoben. Jetzt gilt sie als Baumerhaltungssatzung nur noch auf freiwilliger Basis.

■ Der Rat der Stadt Petershagen lehnte eine entsprechende Satzung im Juli 2013 ab. Zuvor hatten die Grünen den Antrag eingebracht.

■ Die Stadt Porta Westfalica schafft die Baumschutzsatzung vor

etwa zehn Jahren ab. Zuvor gab es 20 Jahre lang eine.

■ In Detmold gilt seit 1986 eine Baumschutzsatzung ab einem Stamm-Umfang von einem Meter. Fichten, Lärchen und Pappeln sind ausgenommen, ansonsten werden alle Fälle geprüft. Bäume können in Detmold keine Neubauten verhindern. Für gefällte Bäume gibt es in jährlichen Pflanzaktionen Ersatz.